



Freie und Hansestadt Hamburg
Bezirksamt Hamburg-Mitte
Bezirksversammlung

Antrag öffentlich GRÜNE-Fraktion SPD-Fraktion	Drucksachen-Nr.: 21-1048 Datum: 23.04.2015
--	--

Beratungsfolge		
	Gremium	Datum
Öffentlich	Bezirksversammlung Hamburg-Mitte	23.04.2015

Soziale Infrastrukturen an Mehrbedarfe durch Flüchtlingszuzüge anpassen

Sachverhalt:

Die steigenden Flüchtlingszahlen stellen die gesamte Stadt vor neue Herausforderungen. Neben den unmittelbar mit jeder neuen Unterbringung verbundenen Fragestellungen des Standorts und der Gewährleistung einer ausreichenden Versorgung und Hilfestellung in der Einrichtung selbst müssen zunehmend auch die Regelstrukturen in den Blick genommen werden. Eine Integration der Flüchtlinge kann nur gelingen, wenn diese allgemeine Freizeit-, Bildungs- und Gesundheitsangebote tatsächlich in Anspruch nehmen können.

An vielen Orten des Bezirks Hamburg-Mitte ist zu beobachten, wie sich schon jetzt die bestehenden Einrichtungen mit überobligatorischem Engagement und neuen freiwilligen Helfern den Aufgaben stellen. Die äußersten Kapazitäten sind hier jedoch eine natürliche Grenze, die vielfach erreicht ist oder anderenorts in Kürze erreicht sein wird.

Gleiches gilt für die koordinierenden Stellen innerhalb oder außerhalb der Verwaltung, die für die Bewältigung der Aufgaben unerlässlich sind. Eine Verschwendung von Arbeitszeit und –kraft durch mangelnde Planung kann sich die Stadt in der aktuellen Lage nicht leisten.

Mit einer Abnahme der Flüchtlingsströme ist derzeit nicht zu rechnen.

Petitum/Beschluss:

Vor diesem Hintergrund wird die Bezirksversammlung gebeten zu beschließen:

1. Die Bezirksversammlung hält eine finanzielle und personelle Mehrausstattung insbesondere von Mütterberatungen, Elternschulen und Kinder- und Jugendzentren in den Stadtteilen des Bezirks Hamburg-Mitte, die eine große Anzahl von Flüchtlingen aufnehmen, für dringend erforderlich.

2. Das Bezirksamt muss in die Lage versetzt werden, koordinative Aufgaben im nötigen Umfang zu erfüllen. Hierzu müssen Mittel zur Schaffung einer zusätzlichen Stelle von der Landesebene bereitgestellt werden.
3. Ebenfalls überprüft werden muss aus Sicht der Bezirksversammlung Hamburg-Mitte die Dichte der ärztlichen Versorgung. Dies vorrangig in den Stadtteilen, in denen bereits jetzt eine Unterversorgung an Allgemeinmedizinerinnen und Kinderärzten besteht. Die Schaffung geeigneter Anreize zur dauerhaften Ansiedlung neuer Praxen muss geprüft werden.
4. Der Bezirksamtsleiter wird gebeten, sich auf der Landesebene im Sinne dieses Beschlusses einzusetzen.